

Nachverdichtung ja – aber behutsam

Fragestunde in Rintheim: So stehen Kandidaten für die Kommunalwahl zum Thema Wohnen

Von Martina Erhard



Auf dem BMD-Areal in Durlach soll nachverdichtet werden. Man will das Gelände an der Pforzheimer Straße neu gestalten. Pläne, die nicht bei allen gut ankommen. Foto: Martina Erhard

Karlsruhe. Am 9. Juni stehen nicht nur die Europawahlen auf dem Programm, sondern auch die Kommunalwahlen. Daher haben die **Bürgervereine der Stadt Karlsruhe** Kandidatinnen und Kandidaten der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppierungen zu

einer Fragestunde eingeladen. Zehn Kommunalpolitikerinnen und -politiker stellten sich den Fragen der einladenden Bürgervereine. Die Themenauswahl stieß auf großes Interesse, wie der Publikumsandrang im Katholischen Gemeindehaus Rintheim zeigte: Es ging um die Grenzen der Nachverdichtung, um die Quartiersentwicklung, um Energieplanung und um die Ansprüche an den Straßenraum. Helmut Rempp, er ist Vorsitzender des Arbeitskreises Karlsruher Bürgervereine und Vorsitzender des Bürgervereins Rintheim, und Jürgen Scherle, Vorsitzender des Bürgervereins Oststadt, trugen die Fragenkomplexe vor und jeder Kandidat hatte maximal drei Minuten Zeit, um zu antworten. „Eine Diskussion ist nicht gewollt“, meinte Scherle, der in das Thema „Nachverdichtung“ einführte. „Der Wohnungsbedarf ist groß, weshalb wir auf Innenverdichtung angewiesen sind“, meinte er, sprach aber auch die damit verbundenen Probleme an, nämlich das fehlende Grün und die fehlenden Frischluftschneisen.

„Pflegerkräfte können sich die Mieten in der Stadt kaum noch leisten.“

Thomas Hock, FDP

Thomas Hock (FDP) sprach von nötigen städtebaulichen Verbesserungen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. „Pflegerkräfte können sich die Mieten in der Stadt kaum noch leisten“, meinte er, fügte aber auch hinzu, dass Nachverdichtung nicht über die Köpfe der Bürger hinweg geschehen dürfe.

Auch Dirk Müller (CDU) sprach davon, die „Nachverdichtung sensibel anzugehen“, um die Aufenthaltsqualität in der Stadt nicht zu gefährden. „Wir müssen daher in die Höhe denken“, stellte er fest. Als Beispiel nannte er die Volkswohnung, die bei Sanierungen prüfe, auf welche Gebäude „noch eine Etage draufgesetzt werden kann“.

Auch Clemens Cremer (Grüne) ist davon überzeugt, dass man mehr in die Höhe planen sollte. „Wir wollen keine weitere Versiegelung von Boden“, versicherte er. Auch eine Ausdehnung in den Außenraum lehnte er ab. Kritisch merkte Cremer an, dass der Flächenbedarf der Bürger in den zurückliegenden Jahrzehnten um 25 Prozent gestiegen sei.

„Wohnen ist eine zentrale soziale Frage“, stellte Raphael Fechler (SPD) fest. Man müsse vermeiden, dass Rentner oder Geringverdiener aus den Städten verdrängt werden. „Wir brauchen resiliente Quartiere“, meinte er und kritisierte, dass der Flächennutzungsplan darauf nur bedingt eine Antwort gebe.

„Wir bedauern, wie in der Stadt mit wertvollen Flächen umgegangen wird“, sagte Wolfgang Opferkuch (Linke). Man verstehe die Proteste von Anwohnern, wenn es um Nachverdichtung gehe, müsse jedoch von Fall zu Fall unterscheiden: „Eine neue Kita in Oberreut ist sicher anders zu bewerten als trendige Lofts in der Weststadt.“ Er forderte zudem ein Leerstandskataster. Von eigenen negativen Erfahrungen mit der Nachverdichtung berichtete Vanessa Schulz (Die Partei). Sie habe früher in der Südstadt gelebt, so Schulz. „Dort wurden viele Innenhöfe nachverdichtet.“

Eine ehemalige Nachbarin habe nun eine Küche ohne Tageslicht. Man müsse jedoch Innenhöfe entsiegeln und begrünen, forderte sie. Aber auch Schulz sieht, ähnlich wie Opferkuch, ein großes Problem im Leerstand. „Wir brauchen ein entsprechendes Management, um dem entgegenzuwirken.“

Petra Lorenz (Freie Wähler) prangerte Fehlplanungen an: „Wir haben in Karlsruhe eine Überkapazität an Hotels“, sagte sie. Auch Airbnb sieht sie kritisch, wenn es darum geht, bezahlbaren Wohnraum für die Bewohner zu schaffen.

„Nachverdichtung darf es nur auf versiegelten Flächen geben“, forderte Vera Schlenker (KAL). „Wir müssen das städtische Mikroklima beachten, um die Lebensqualität in der Innenstadt aufrechterhalten zu können.“

Auch Markus Schneider (Für Karlsruhe) stellte fest, dass Bauen in der Stadt viel mit Klimaschutz zu tun habe. Er wünscht sich eine Veränderung bei den Bauauflagen und nennt die Waldhornstraße als Beispiel. „Dort gibt es viele Wohnheime, für die Stellplätze vorgeschrieben sind“, sagte er. Diese würden jedoch kaum genutzt. Sinnvoller seien in diesem Fall Grünflächen.

„Wir kommen ums Nachverdichten nicht herum“, stellt Paul Schmidt (AfD) fest und brachte die Bürgervereine ins Spiel: „Sie wissen, wo Bedarf ist“, meinte er. Planungen könnten nur gemeinsam mit den Bürgern erfolgen. „Wir brauchen immer Kompromisse.“